



Satzung der Gemeinde Kressbronn am Bodensee über die Erhebung einer Zweitwohnungssteuer (Zweitwohnungssteuersatzung)

Auf Grund von § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg, in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Juli 2000 (GBl. 2000, 581), in Verbindung mit §§ 2, 8 und 9 des Kommunalabgabengesetzes für Baden-Württemberg, in der Fassung vom 17. März 2005 (GBl. 2005, 206), hat der Gemeinderat der Gemeinde Kressbronn a. B. am 16. Dezember 2020 folgende Neufassung der Satzung über die Erhebung einer Zweitwohnungssteuer beschlossen:

Inhalt

§ 1 Allgemeines	1
§ 2 Steuerschuldner	2
§ 3 Steuermaßstab	2
§ 4 Steuersatz	3
§ 5 Entstehung und Fälligkeit	3
§ 6 Anzeigepflicht	3
§ 7 Ordnungswidrigkeiten	4
§ 8 Inkrafttreten	4

§ 1 Allgemeines

- (1) Die Gemeinde Kressbronn a. B. erhebt eine Steuer für das Innehaben einer Zweitwohnung durch eine natürliche Person (Zweitwohnungssteuer).
- (2) Eine Zweitwohnung ist jede Wohnung, die jemand neben einer außerhalb oder innerhalb des Gemeindegebiets gelegenen Hauptwohnung im Gemeindegebiet zu Zwecken des persönlichen Lebensbedarfs innehat.
- (3) Hat ein Einwohner mehrere Wohnungen im In- oder Ausland, so ist die vorwiegend benutzte Wohnung die Hauptwohnung. In Zweifelsfällen ist die vorwiegend benutzte

Wohnung dort, wo der Schwerpunkt der Lebensbeziehungen des Einwohners liegt. Hauptwohnung eines verheirateten Einwohners, der nicht dauernd von seiner Familie getrennt lebt, ist die vorwiegend benutzte Wohnung der Familie. Kann der Wohnungsstatus des verheirateten Einwohners danach nicht zweifelsfrei bestimmt werden, ist die Hauptwohnung die jeweils vorwiegend benutzte Wohnung.

- (4) Die Zweitwohnungssteuer wird nicht erhoben für Wohnungen, die zu Zwecken der Ausbildung oder von einem nicht dauerhaft getrennt lebenden Verheirateten aus beruflichen Gründen gehalten werden, dessen eheliche Wohnung sich in einer anderen Gemeinde befindet. Dies gilt jedoch nur, wenn die Wohnung für diese Zwecke notwendig ist und nicht nur unregelmäßig oder zeitlich untergeordnet genutzt wird.
- (5) Absätze 3 und 4 gelten für Personen, die in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft leben, entsprechend.

§ 2 Steuerschuldner

- (1) Steuerschuldner ist, wer im Gemeindegebiet für einen nicht nur vorübergehenden Zeitraum eine Zweitwohnung innehat. Als nicht nur vorübergehend gilt ein Zeitraum von mehr als drei Monaten. Inhaber ist, wer die Verfügungsgewalt über die Wohnung hat.
- (2) Sind mehrere Personen gemeinschaftlich Inhaber einer Zweitwohnung, haften sie als Gesamtschuldner.
- (3) Als Wohnungen gelten auch alle Wohn- und Campingwagen sowie Wohn- und Campingmobile, die zu Zwecken des persönlichen Lebensbedarfs auf eigenen oder fremden Grundstücken für einen nicht nur vorübergehenden Zeitraum (Absatz 1 Satz 2) abgestellt werden.

§ 3 Steuermaßstab

- (1) Die Steuer wird nach dem jährlichen Mietaufwand berechnet.
- (2) Der jährliche Mietaufwand ist die Nettokaltmiete, die der Steuerschuldner für die Benutzung der Wohnung auf Grund vertraglicher Vereinbarungen nach dem Stand im Zeitpunkt der Entstehung der Steuerschuld für ein Jahr zu entrichten hat.
- (3) Für Wohnungen, die eigengenutzt, ungenutzt vorübergehend zum Gebrauch überlassen oder unentgeltlich überlassen sind, gilt als jährlicher Mietaufwand die Netto-Kaltmiete in ortsüblicher Höhe. Sie wird von der Gemeinde in Anlehnung an die Netto-Kaltmiete geschätzt, die für Räume gleicher oder ähnlicher Art, Lage und Ausstattung regelmäßig gezahlt wird. Die Gemeinde zieht hierbei zur Schätzung

insbesondere den jeweils aktuellen Mietpreisspiegel der Gemeinde Kressbronn a. B. unter Berücksichtigung etwa vorhandener ergänzender Gutachten zur Ermittlung der ortsüblichen Vergleichsmiete heran.

§ 4

Steuersatz

- (1) Die Jahressteuer beträgt je angefangene 500 Euro jährlicher Mietaufwand 110,00 Euro.
- (2) Für Zweitwohnungen im Sinne von § 2 Absatz 3 beträgt der jährliche Steuersatz unabhängig vom jährlichen Mietaufwand 120,00 Euro je begonnener Saison.
- (3) Tritt die Steuerpflicht im Laufe eines Kalenderjahres ein oder endet die Steuerpflicht im Laufe eines Kalenderjahres, ermäßigt sich die Steuer auf den der Dauer der Steuerpflicht entsprechenden Teilbetrag.
- (4) Ist zum Zeitpunkt der Entstehung der Steuerschuld die Verfügbarkeit der Zweitwohnung für Zwecke der persönlichen Lebensführung auf Grund eines Vertrages mit einer Vermietungsagentur oder einem Hotelbetrieb zwecks Weitervermietung zeitlich begrenzt, beträgt die Steuerschuld bei einer Eigennutzungsmöglichkeit im Veranlagungszeitraum von:
 1. bis zu drei Monaten 25 vom Hundert der Steuersätze nach Absatz 1 bzw. 2;
 2. bis zu sechs Monaten 50 vom Hundert der Steuersätze nach Absatz 1 bzw. 2;
 3. bis zu neun Monaten 75 vom Hundert der Steuersätze nach Absatz 1 bzw. 2.

§ 5

Entstehung und Fälligkeit

- (1) Die Steuerschuld für ein Kalenderjahr entsteht am 1. Januar eines jeden Jahres. Wird der Steuertatbestand erst nach dem 1. Januar erfüllt, so entsteht die Steuerschuld am Beginn des Kalendervierteljahres, in das der Beginn des Innehabens der Zweitwohnung fällt.
- (2) Die Steuerpflicht endet mit Ablauf des Kalendervierteljahres, in dem die Verwirklichung des Steuertatbestandes entfällt.
- (3) Die Steuer wird einen Monat nach Bekanntgabe des Steuerbescheids fällig.
- (4) In den Fällen des Absatzes 2 ist die zu viel bezahlte Steuer auf Antrag zu erstatten.

§ 6

Anzeigepflicht

- (1) Wer im Gemeindegebiet eine Zweitwohnung bezieht oder aufgibt, hat dem

Steueramt der Gemeinde dies schriftlich innerhalb einer Woche nach dem Einzug oder Auszug anzuzeigen. Sonstige dem Wohnungsinhaber obliegenden Meldepflichten werden durch diese Anzeigepflicht nicht berührt.

- (2) Endet die Wohnungshaltung, so gilt die Vorschrift des Absatzes 1 entsprechend.

§ 7

Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig im Sinne von § 8 Absatz 2 Nr. 2 KAG handelt, wer vorsätzlich oder leichtfertig der Verpflichtung nach § 6 dieser Satzung zuwiderhandelt.
- (2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 10.000 Euro geahndet werden.

§ 8

Inkrafttreten

- (1) Diese Satzung tritt am 1. Januar 2021 in Kraft.
- (2) Zum gleichen Zeitpunkt tritt die Satzung über die Erhebung einer Zweitwohnungssteuer vom 13. November 2019 außer Kraft.

Ausgefertigt:
Kressbronn a. B., 17. Dezember 2020

gez. D. Enzensperger

Daniel Enzensperger
Bürgermeister